





Birdseye - BirdLife Europe Newsletter

Vol. III, Nr. 08, September 2016,

Das englische Original finden Sie unter:

<http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/media/birdseye-newsletter>

Inhalt

Vorwort

- Wohin führt die Reise? Nachdenken über Europas Zukunft

Neues aus Europa und Zentralasien

- Es ist Herbst – Grünes Licht für die Naturschutzrichtlinien
- Öffentliche Unterstützung für funktionierende Gesetze
- Die Natur steht in der Schuld der Juristen in Luxemburg
- Bessere Rechtsetzung für bessere Ergebnisse?
- Erste Anzeichen einer Erholung für europäische Agrarvögel
- Funktioniert die GAP noch für unsere Landschaft?
- Die Nutzung der Meere von heute bis 2020
- An den EU-Klimazielen festhalten

Vorwort

Wohin führt die Reise? Nachdenken über Europas Zukunft

von Ariel Brunner, Senior Head of Policy, BirdLife Europe

Am 15. und 16. September werden sich die Staats- und Regierungschefs Europas in Bratislava treffen, um über die „Zukunft Europas“ zu diskutieren. Erstmals ist das nicht nur eine Worthülse, denn es steht in der Tat die Zukunft Europas auf dem Spiel - und nicht nur die Europas.

Die EU hat die einzigen effektiven Werkzeuge, um auf die Herausforderungen für seine 500 Millionen Bürger in koordinierter Art und Weise zu reagieren. Zwar waren die Reaktionen auf die derzeitige ökologische Krise manchmal etwas holprig, aber im Großen und Ganzen beeindruckend. Würde die EU zusammenbrechen oder würde ihre Durchsetzungsfähigkeit bei der Umsetzung gemeinschaftlicher Regelungen wegbrechen, könnten einzelne Regierungen den Klimawandel oder den Biodiversitätsverlust nicht mehr effektiv bekämpfen.

Europa steht einer Krise gegenüber, die durch wirtschaftliche Probleme, Migration, Terrorismus und Globalisierung geprägt wird. Aber wissenschaftliche Hinweise lassen darauf schließen, dass das größte Problem der Zusammenbruch der Ökosysteme darstellen könnte, von denen unsere Gesellschaft abhängig ist und ohne die keine Wirtschaft, keine Demokratie und kein Frieden gedeihen kann. Das Jahr 2016 wird alle vorhergegangenen Klimarekorde brechen und der Verlust der biologischen Vielfalt hat beängstigende Ausmaße angenommen.

Wenn sich die Staats- und Regierungschefs in Bratislava treffen, werden sie versucht sein, die Schwäche der EU auszunutzen, um eigene nationale Interessen durchzusetzen. Wenn dies jeder macht, dann ist ein Zusammenbruch die unweigerliche Folge. Eine schwache EU wird zu weiteren Regelverstößen führen und dies wiederum zum Verlust der Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Regeln und Gesetze – ein Teufelskreis.

Als Folge werden einzelne Regierungen versuchen, ihre Bürger zu schützen, indem sie unkoordinierte nationale Regelungen aufstellen. Dadurch wird es zu einer Aufsplitterung des gemeinsamen Marktes kommen und die Grenzen werden geschlossen werden. Ein Europa, das aus vielen kleinen abgeschotteten Ländern besteht, die sich nicht über den Weg trauen, wird nicht in der Lage sein, die zunehmende ökologische Krise zu meistern.

Hoffentlich werden sich unsere Staats- und Regierungschefs für einen besseren Weg entscheiden. Niemand hat einen Generalplan für ein besseres Europa. Aber ein paar wichtige Leitlinien können als Kompass dienen:

- Solidarität und Einheit sind in dieser unruhigen Zeit besonders wichtig. Europa darf nicht vergessen, wie es war, als es noch geteilt war und einzelne Länder Eigeninteressen auf Kosten anderer Länder verfolgten.
- Die Fähigkeit der EU, gemeinsame Regeln und Richtlinien zu erarbeiten und diese auch umzusetzen, muss erhalten bleiben.
- Die EU muss sich wieder darauf konzentrieren, Ergebnisse für die Gesellschaft zu erzielen. Die Macht von Lobbygruppen muss eingeschränkt werden und die Politik muss sich wieder mehr an den Bedürfnissen der Bürger orientieren.
- Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind der beste Rahmen für die Gestaltung eines besseren Europas.
- Die Bekämpfung des Klimawandels und des Biodiversitätsverlustes sollte oberste Priorität haben. Dadurch bringt man die EU den Bürgern wieder näher und fördert eine bessere, stabilere Wirtschaft, die den Menschen Arbeitsplätze und Wohlergehen sichert.

Dieser Newsletter ist der „Zukunft Europas“ gewidmet. Es geht darum, was wir gemeinsam tun müssen, um eine bessere Zukunft für die Menschen, die Vögel und alle anderen Lebewesen sicher zu stellen.

Neues aus Europa und Zentralasien

Es ist Herbst – Grünes Licht für die Naturschutzrichtlinien!

von Ariel Brunner



Die EU-Kommission kehrt aus der Sommerpause zurück, und eines der ersten anstehenden Themen ist die Veröffentlichung des Ergebnisses des FitnessChecks der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie. In dem zwei Jahre andauernden [Prozess](#) haben die Naturschutzrichtlinien große Unterstützung erfahren – von Fachleuten, Bürgern, Regionen, Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament. In der [eingehenden Beurteilung](#) kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass:

„Die Ergebnisse zeigen, dass die Richtlinien ihren Zweck erfüllen und dass sie ganz eindeutig Mehrwert für die EU haben. Die Richtlinien haben für den Naturschutz und allgemein für die nachhaltige Entwicklung viel Nutzen gestiftet. Sie liefern einen ausgewogenen und funktionsfähigen Rahmen, in dem die unterschiedlichen Interessenvertreter berücksichtigt und gleichzeitig Naturschutzziele respektiert werden. Insgesamt gesehen halten sich die Kosten für die Umsetzung im Rahmen und der entstehende Nutzen überwiegt die Kosten, auch wenn bestimmte Interessengruppen stärker betroffen sind als andere.“

Eigentlich hätte das Verfahren Ende Juni im Rahmen einer hochrangigen Konferenz abgeschlossen werden sollen, aber dies wurde von Naturschutzgegnern durch undurchsichtige Manöver verhindert, so dass die Konferenz [im letzten Moment abgesagt werden musste](#). Unser

Verbündeter WWF konnte jedoch Einsicht in die Dokumente erlangen und so die Ergebnisse für die Öffentlichkeit zugänglich machen.

Vizepräsident Timmermans versprach dem Parlament angesichts des massiven öffentlichen Drucks, dass er im Herbst eine umfassende Mitteilung über die Zukunft des Biodiversitätsschutzes abgeben werde. Er versprach, dass er die Ergebnisse des FitnessChecks ernstnehmen werde. Nun, wo die Tage kürzer werden und die Zugvögel nach Afrika fliegen, muss er liefern.

Wenn die Kommission ihre Glaubwürdigkeit bei der Bekämpfung der Biodiversitätskrise behalten möchte, muss sie jetzt zu dem Schluss kommen, dass die Vogelschutz- und die FFH-Richtlinie funktionieren. Außerdem muss sie ein glaubwürdiges Maßnahmenpaket vorlegen, mit dem die Schwächen der Richtlinien bekämpft werden müssen: von lascher Umsetzung der Gesetze über mangelnde Finanzierung bis hin zum Desaster Gemeinsame Agrarpolitik.

Wir sind zuversichtlich, dass Timmermans sein Wort hält und wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihm und mit Kommissar Vella.

Öffentliche Unterstützung für funktionierende Gesetze

von Alistair Taylor



© RSPB images

Viele Kommentatoren sehen die EU mit dem Sieg der Brexit-Befürworter in einer Existenzkrise und werfen die Frage auf, was die EU sein sollte und wie sie den Bürgern Europas wieder näher kommen kann. In dieser Debatte ging es hauptsächlich darum, welche ökonomischen Maßnahmen ergriffen werden sollten. Beim Thema Ökologie deutet jedoch vieles darauf hin, dass die EU genau das erreicht hat, was die Bürger fordern, auch wenn den meisten Bürgern gar nicht bewusst ist, dass die EU im Naturschutz überhaupt eine Rolle spielt.

Das Referendum zum Verbleib von Großbritannien in der EU hat ans Licht gebracht, wie wenig die Menschen über die EU wissen. Die Frage „Was ist die EU“ war nach der Abstimmung der am häufigsten bei Google eingegebene Suchbegriff.

Auch über den Umweltschutz und die Naturschutzgesetze in der EU wissen die Bürger sehr wenig. Mehrere Eurobarometer-Umfragen haben gezeigt, dass einer großen Mehrheit der Menschen der Naturschutz ein persönliches [\[1\]](#) Anliegen ist und dass die Meisten auch Umweltentscheidungen auf EU-Ebene [\[2\]](#) unterstützen. Dennoch haben die Wenigsten vom Natura2000 Netzwerk gehört und wissen, was das ist [\[3\]](#).

Gleichzeitig war das Interesse der Menschen an Debatten über EU Umweltgesetze, darunter auch

FitnessChecks, eher gering. Bei der öffentlichen Konsultation, die Teil des FitnessChecks der Wasserrahmenrichtlinie war, gingen im Jahr 2012 lediglich 115 Antworten ein. Bei der öffentlichen Konsultation über die No Net Loss-Initiative im Jahr 2014 gingen 723 Antworten ein.

Bei der derzeitigen Wirtschaftskrise drehten sich die politischen Diskussionen meist hauptsächlich darum, welchen „Hemmschuh“ die Naturschutzgesetze für die Wirtschaft darstellen. Es wurde jedoch kaum beleuchtet, welchen Nutzen die Naturschutzgesetze für die Bürger und die Gesellschaft stiften.

Bei der in Großbritannien durchgeführten Revision der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie ging es in erster Linie um den angeblichen Hemmschuh, den die Naturschutzgesetze darstellen sollen. Dieses Vorurteil konnte als haltlos zurückgewiesen werden. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass bei dieser Revision gut informierte Bürger, Wirtschaftsunternehmen und Interessenvertreter befragt wurden und nicht die breite Bevölkerung. Es gab im Zusammenhang mit der Revision keine öffentliche Konsultation.

Bei dem in der gesamten EU durchgeführten FitnessCheck der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie wurde ebenfalls mit der Wirtschaft argumentiert und es sollte langfristig eine Schwächung der Naturschutzgesetze in der EU bewirkt werden. Der Unterschied zur Revision in Großbritannien war jedoch, dass bei diesem EU weiten FitnessCheck eine Befragung der Öffentlichkeit stattfand.

Jean Claude Juncker hatte vermutlich eine ähnliche Resonanz wie beim FitnessCheck der Wasserrahmenrichtlinie erwartet. Weder er noch andere Mitglieder der EU-Kommission hatten mit der Kampagne NatureAlert gerechnet und auch nicht damit, welche starke Beteiligung diese auslösen würde.

Die Herausforderung für BirdLife Europa und unsere Partner EEB, WWF und Friends of the Earth Europe bestand darin, unsere Mitglieder

und die Menschen in Europa für zwei recht technische EU-Richtlinien zu begeistern und sie dazu zu bringen, sich an der Konsultation zu beteiligen. Dabei mussten wir deutlich machen, dass die Naturschutzgesetze für alle Menschen von Bedeutung sind, egal aus welcher Region sie stammen.

Ein wichtiges Instrument war die Entwicklung einer Online-Eingabemaske, mit der die Menschen den Konsultations-Fragebogen ausfüllen konnten. Mit Hilfe dieses Online-Tools konnte die Kampagne auch in allen 28 Mitgliedstaaten und für Hunderte nationale Partnerorganisationen koordiniert werden.

Die Ergebnisse übertrafen all unsere Erwartungen. Mehr als 520.000 Europäer beteiligten sich an der Kampagne NatureAlert und sprachen sich gegen eine Schwächung der Naturschutzrichtlinien aus. Die Beteiligung war größer als die aller vorangegangener Konsultationen – so groß, dass sogar der Server der Kommission unter der Belastung zusammen brach.

Es ist hervorzuheben, dass sich Menschen aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten beteiligten und dass mehr als 100.000 Antworten aus Großbritannien eingingen. Dies wiederum zeigt, dass auch bei den Briten eine starke Unterstützung für die EU-Naturschutzgesetze herrscht.

Während die Konsultation lief und immer mehr Antworten eingingen, häuften sich die Hinweise darauf, dass die Naturschutzrichtlinien „funktionieren“. Anfangs behaupteten einige Kommissionsmitglieder, dass die hohe Beteiligung lediglich durch „Clickparties“ zustande käme, aber auch ihnen wird zunehmend bewusst, dass die Ergebnisse der Konsultation ein Zeichen dafür sind, dass für das „Europäische Projekt“, zumindest was den Naturschutz angeht, in der Bevölkerung große Unterstützung herrscht. Präsident Juncker erwähnte die Konsultationsergebnisse sogar in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union 2015.

Die Kampagne NatureAlert hat gezeigt, dass zwar das öffentliche Bewusstsein über die Aktivitäten der EU in der Umweltpolitik ziemlich gering ist, dass aber die Menschen durchaus interessiert und bereit sind, sich zu Hunderttausenden zu beteiligen, wenn sie sich für ein Thema interessieren.

Werden jedoch die Bürger nicht über die Umweltpolitik der EU informiert und können sie ihre Meinung dazu nicht zum Ausdruck bringen, ist es ein Leichtes, die Umweltgesetze zu schwächen.

Die EU sollte aus dem FitnessCheck und der Brexit-Debatte die Lehre ziehen, dass sie die Menschen besser informieren und verstärkt mit ihnen in Kontakt treten muss, so dass sie nicht mehr googlen müssen, was die EU eigentlich ist. Und dass es nicht darum geht, ob man mehr von X oder weniger von Y tun sollte.

[1]
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_365_en.pdf

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_416_en.pdf

[2]
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_full_en.pdf
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_365_sum_en.pdf

[3]
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_290_en.pdf
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_379_en.pdf

Die Natur steht in der Schuld der Juristen in Luxemburg

von Daniel Pullan



Maskenwürger auf Leimrute, Zypern © RSPB Images

Wildtiere kennen keine politischen Grenzen. Der Kuckuck (und seine Nachkommen), der jeden Sommer auf den Wiesen und Feldern in der Nähe meines Wohnorts im Osten Englands ruft, unterscheidet nicht zwischen den Nahrungsgebieten hier oder denen in Italien oder Frankreich, wo er während des Zuges rastet. Und die Verbreitungsgebiete der seltenen Pflanzen- und Insektenarten in dem alten Baumbestand hinter meinem Haus erstrecken sich über weite Teile des atlantisch geprägten Europas. Aus diesem Grund müssen wir über Grenzen hinaus agieren, wenn wir die biologische Vielfalt in Europa erhalten möchten. Dies hat auch Vorteile für den europäischen Binnenmarkt, da einheitliche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Das heißt, dass die Wirtschaft in Großbritannien die gleichen Umweltstandards einhalten muss wie in Frankreich oder Slowenien. So kann sich kein Land einen Vorteil verschaffen, indem es seine natürliche Umwelt aus kurzfristigem Profitdenken heraus zerstört. Und auch die Wirtschaft hat Sicherheit, da überall die gleichen Regeln beim Naturschutz gelten.

Die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie sind das supranationale Rückgrat des Naturschutzes in Europa, mit dem Ziel, Flora, Fauna und Lebensräume in einem „günstigen Erhaltungszustand“ zu halten. Die Vogelschutzrichtlinie ist bereits seit 35 Jahren in Kraft. Seit dieser Zeit kam dem Europäischen Gerichtshof

(EuGH) eine bedeutende Rolle bei der gesetzlichen Auslegung der Naturschutzrichtlinien zu. Er stellte die Umsetzung in nationales Recht und in die Exekutive der Mitgliedstaaten sicher.

Es war der EuGH, der bestätigte, dass die Important Bird and Biodiversity Areas (IBA), die von den BirdLife Partnern identifiziert worden waren, als Grundlage für die Special Protection Areas (SPA-Gebiete) der Vogelschutzrichtlinie dienen sollten. Dadurch stellte er sicher, dass die Mitgliedstaaten die für die Vogelwelt wichtigsten Gebiete als Schutzgebiete auswiesen und brachten hierfür objektive und wissenschaftliche Gründe vor. Es war der EuGH, der sicherstellte, dass die Mitgliedstaaten wichtige Gebiete nicht aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Interessen aus den SPA-Gebieten ausklammerten. Zum Beispiel gab es Urteile für das Gebiet „Lappel Bank“ in Großbritannien. Dort sollte ein Wattbereich von internationaler Bedeutung aus einem SPA-Gebiet ausgegrenzt werden, um ihn in einen Hafenterrain zu verwandeln. Oder in den Santona-Sümpfen in Spanien, wo ein Feuchtgebietsabschnitt ausgegrenzt werden sollte, um Straßenbau zu ermöglichen.

Urteile des EuGH, wie z.B. das zum Wattenmeer in den Niederlanden stellten sicher, dass derzeit stattfindende wirtschaftliche Aktivitäten (in diesem Fall Herzmuschelfischerei) korrekt kontrolliert und geregelt werden müssen und dass sie Natura 2000-Gebieten keinen dauerhaften Schaden zufügen dürfen. Auch wurde durch Gerichtsurteile sichergestellt, dass die strengen Regeln, die für geplante Projekte in Natura 2000-Gebieten gelten, auch wirklich eingehalten werden. Dies war z.B. bei der Straße M-501 in Spanien oder dem Kaliakra Windpark in Bulgarien der Fall. Hier entschied das Gericht, dass die vorgeschriebenen Maßnahmen zum Schutz der Lebensräume und Arten und der betroffenen Natura 2000-Gebiete nicht eingehalten worden waren und dass der aus dem jeweiligen Projekt entstandene Schaden ausgeglichen werden muss.

Auch spielte der Gerichtshof bei der Durchsetzung der Jagdbestimmungen in Europa eine große Rolle. Er stellte sicher, dass Vögel nicht außerhalb der Saison gefangen werden dürfen und dass Ausnahmen zu jagdbaren Arten korrekt begründet und umgesetzt werden müssen. Mitunter erließ Gericht sogar eine einstweilige Anordnung, um die illegale Jagd in Italien und Malta zu stoppen.

Das System der Vorverfahren bei Vertragsverletzung und der Prozess am EuGH können sich hinziehen. Manchmal ist der Schaden schon entstanden, bis es zu einem Urteil kommt oder Strafen verhängt werden. Dennoch besteht kein Zweifel, dass der EuGH die Zerstörung unserer Natur verlangsamt und manchmal sogar unser gemeinsames Naturerbe wieder aufblühen lassen hat. Wäre der EuGH nicht gewesen, würde es der Natur in Europa heute wesentlich schlechter gehen. Hoffentlich führen die Ergebnisse des REFIT Prozesses der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinien dazu, dass wieder verstärkt Augenmerk auf eine vollständige Umsetzung der Naturschutzrichtlinien gelegt wird. Dadurch würden sie noch effektiver, was bedeutet, dass der EuGH immer seltener hinzugezogen werden müsste.

Bessere Rechtsetzung für bessere Ergebnisse?

Von Donal McCarthy



East Anglia, Großbritannien © Hans Peeters

Werden die ökologischen Standards der EU durch die Regulierungsreform aufs Spiel gesetzt?

Das Vorgehen bei der Regulierungsreform

In den letzten Jahren wurden die Bedenken in der Politik bezüglich der Kosten der Rechtsetzung für die Wirtschaft immer lauter. So wurde zum Beispiel [kritisiert](#), dass bestimmte Regelungen im Arten- und Biotopschutz den Unternehmen und der Wirtschaft im Allgemeinen unnötig Kosten verursachen würden.

In Großbritannien hat sich die Regierung die Regierung [zum Ziel gesetzt](#), durch eine Deregulierung bis zum Ende der Legislaturperiode die Kosten für die Wirtschaft um 10 Mrd. £ zu senken. Darüber hinaus hat sich Großbritannien – das die „bessere Rechtsetzung“ von allen Ländern mit am [lautesten gefordert hatte](#) – erfolgreich dafür eingesetzt, auf EU-Ebene einen ähnlichen Ansatz zu verfolgen. Dabei stützt es sich auf ein [Abkommen](#), das im Februar dieses Jahres verabschiedet worden war.

Auch wenn dieses Abkommen (wegen des Brexits) zunächst nicht in Kraft treten wird, bedeutet das nicht, dass das Thema nun auf EU-Ebene an Bedeutung verlieren wird. Und in der Tat hat sich die EU-Kommission kürzlich dazu [verpflichtet](#), die „Machbarkeit“ einer Zielsetzung für die „Reduzierung von Belastungen“ im Rahmen ihres REFIT Programms prüfen zu

lassen. Dies widerspricht jedoch ihren [Beteuerungen](#), dass ihre Agenda für bessere Rechtsetzung nicht einfach nur eine versteckte Deregulierung ist.

Bei der besseren Rechtsetzung geht es nicht um ein „mehr“ oder „weniger“ an EU Gesetzen... [es geht] darum, dass wir sicherstellen müssen, dass wir die ehrgeizigen Ziele, die wir uns gesteckt haben, erreichen. – Europäische Kommission (2015)

Also worum geht es... um bessere Rechtsetzung oder um Deregulierung? Umweltgesetze spielen beim Schutz der Umwelt eine große Rolle, da sie ein Marktversagen korrigieren und sicherstellen, dass die Kosten für die Zerstörung und Verschlechterung von Lebensräumen von den Verantwortlichen getragen werden müssen, und die Natur im Interesse der Öffentlichkeit geschützt wird. Im Prinzip gibt es nichts daran auszusetzen, unnötige Kosten zu reduzieren. Es besteht jedoch Anlass zur Sorge, dass der derzeitige Ansatz der Regulierungsreform nicht ausgeglichen ist und aktuelle Standards im Naturschutz untergraben könnte. Der Grund liegt darin, dass man sich bei der Reform zu stark auf die Reduzierung kurzfristiger Kosten für Unternehmen konzentriert.

FitnessCheck der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie

In diesem Zusammenhang ist der FitnessCheck der Naturschutzrichtlinien - der wichtigsten Naturschutzgesetze der EU – ein Präzedenzfall, wenn es darum geht, zu beurteilen, ob durch eine bessere Rechtsetzung wirklich bessere Ergebnisse in der Praxis erzielt werden.

Der „FitnessCheck“ der Naturschutzrichtlinien begann holprig, da Lobbyisten immer wieder die angebliche „Last“ betonten, die die Naturschutzrichtlinien für die Wirtschaft seien. In der Theorie soll diese neue Beurteilung von Gesetzen eine objektive und tatsachengestützte Bewertung des Gesetzesrahmens darstellen. Insbesondere soll geprüft werden, ob die Gesetze funktionieren und ihre Ziele erfüllen. Aber im

November 2014 wuchs die Sorge, als bekannt wurde, dass Präsident Juncker in seinem [Schreiben](#) an den neuen Umweltkommissar das Ergebnis des Checks vorwegnahm.

Ich möchte mich darauf konzentrieren... die bestehenden Umweltgesetze zu überarbeiten... und eine Verschmelzung [der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie] prüfen, um ein moderneres Gesetz zu erhalten. – Jean-Claude Juncker (2014)

Zum Glück kamen die Berater, die mit dieser Aufgabe betraut wurden, zu dem Ergebnis, dass die Richtlinien gut funktionieren, wenn sie ordnungsgemäß umgesetzt werden. Sie hielten sich bei ihrer Einschätzung an den [Leitfaden für eine bessere Rechtsetzung](#), der von der EU-Kommission herausgegeben worden war und verfassten eine äußerst [umfassende und tatsachenbasierte](#) Beurteilung der Naturschutzrichtlinien. In der Tat ist unbestritten, dass sie eine bedeutsame Rolle im Naturschutz spielen und dass sie eine nachhaltige Entwicklung im Einklang mit der Natur fördern – ohne die Wirtschaft unnötig zu belasten. Aus der Bewertung geht eindeutig hervor, dass sowohl der sozioökonomische als auch der ökologische Nutzen die Kosten überwiegt. Probleme in Zusammenhang mit den Naturschutzrichtlinien können behoben werden, indem man die Umsetzung der Richtlinien verbessert, statt sie zu schwächen.

Warnende Worte aus Großbritannien

Eine vergleichbare [Beurteilung](#) der Umsetzung der Vogelschutz- und der FFH-Richtlinie wurde 2011 in England durchgeführt. Dort kam man zwar zu ähnlichen Ergebnissen, was eine Verbesserung der Umsetzung angeht, es folgten jedoch keine Maßnahmen.

Bei einer kürzlich durchgeführten [Prüfung](#) des willkürlichen zielbasierten Ansatzes der Regierung Großbritanniens bei der Regulierungsreform wurde Kritik laut, weil es nicht gelang, eine solide Datengrundlage zu schaffen und die Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt korrekt

einzuberechnen. Die bedeutet, dass viele Abteilungen und Regulierungsbehörden nun einen Spagat machen müssen: zwischen Deregulierung und der Erreichung von Zielen für die Öffentlichkeit.

Was geschieht in der EU als nächstes?

Es gab in den letzten Jahren zwar viele Beschwerden über die angebliche „Last“ der Umweltgesetze, aber es gab wenig Beweise dafür, dass dem auch so ist. Wenn man die derzeitige [Umweltkrise](#) berücksichtigt, in der wir derzeit stecken, erscheint es sonderbar, dass so viel Energie in die Reformierung von Gesetzen investiert werden soll, die ja im Großen und Ganzen funktionieren, die von den [EU-Bürgern große Unterstützung erfahren](#), und die [relativ geringe Kosten verursachen](#), wenn man die Kosten der Gesetze der EU insgesamt betrachtet.

Wie bereits im [Umweltaktionsprogramm bis 2020](#) beschrieben spielt die Rechtsetzung in der EU eine wesentliche Rolle bei der Erreichung des Ziels einer „intelligenten, nachhaltigen und umfassenden“ Wirtschaft. Auch ist sie bei der Bekämpfung des Klimawandels und des Biodiversitätsverlustes von größter Bedeutung.

Während wir nun auf die formale Antwort der EU-Kommission zu den Ergebnissen des „Fitness-Checks“ warten, hat der erste Vizepräsident Timmermans die Chance zu zeigen, dass sein Mantra „bessere Rechtsetzung für bessere Ergebnisse“ weit mehr ist als nur eine Phrase.

Erste Anzeichen einer Erholung für europäische Agrarvögel

von Richard D. Gregory



Graumammer, Schottland © John Carey

Der europäische Naturschutz hat viele Gründe zu triumphieren, wenn es um den Schutz einiger seiner wertvollsten Stätten und seiner kostbarsten Wildnis geht, die aus der Umsetzung von EU-Richtlinien, wie der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie, hervorgegangen sind. Bisher musste in den Agrarlebensräumen, welche nahezu die Hälfte der Fläche Europas bedecken, ein Verlust der Biodiversität festgestellt werden, der auch in der Zukunft fortschreiten wird. Ein gut dokumentiertes Beispiel ist die Notlage der Agrarvögel. Diese Verluste können direkt dem Wandel in der Landwirtschaft zugeschrieben werden, welcher wiederum von der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) angetrieben wird. Die Naturschutzpolitik und die Landwirtschaftspolitik der EU widersprechen sich, wobei die Natur den Kürzeren zieht. Das ist nicht nur schlecht für die Natur, sondern auch für die Menschen. Die Rufe nach einer radikalen Reform der GAP werden lauter, um die Balance zwischen Natur, Wasser- und Bodenqualität und der Nahrungsmittelproduktion und -sicherheit zu verbessern.

Eine neue Studie, die von BirdLife und der EBCC¹ herausgegeben wurde und die kürzlich in den „Briefen zum Naturschutz“ veröffentlicht wurde, beleuchtet die Effektivität der europäischen Politik und zeigt Wege für die Zukunft auf. In der Studie konnte auf hochwertige Informationen aus 25 EU-Ländern zum Bestandstrend von 39 Agrarvogelarten zurückgegriffen werden, die über drei Jahrzehnte hinweg im Pan-European Common Bird Monitoring Scheme (<http://www.ebcc.info/pecbm.html>)

zusammengetragen worden waren. Dadurch konnten neue Einblicke gewonnen werden.

Insbesondere Gamero et al. erforschte, ob die Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen innerhalb der GAP, die Ausweisung von besonderen Schutzgebieten (SPA-Gebiete) in landwirtschaftlich geprägten Räumen und der spezielle Schutz von Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie mit einem positiven Bestandstrend von Agrarvögeln europaweit in Verbindung gebracht werden kann. Die neuen Forschungsergebnisse zeigen im Gegensatz zu früheren Studien, dass die Bestände von Standvögeln und Kurzstrecken-Zugvögeln ansteigen, wenn in dem Gebiet Agrarumweltmaßnahmen durchgeführt werden. Das Gleiche gilt für SPA-Gebiete. Anhang-I-Arten weisen eine größere Bestandszunahme bei steigender Zahl von SPA-Gebieten auf, verglichen mit Arten, die nicht im Anhang I gelistet sind. Diese Tatsache indiziert, dass SPA-Gebiete effektiver sein könnten, wenn vorwiegend Zielarten und solche Arten, die den größten Teil ihres Lebens in der EU verbringen, geschützt werden. Der Schutz von Anhang-I-Arten hat einen positiven Effekt auf die Population der jeweiligen Vogelart. Das zeigt, dass die Naturschutzrichtlinien Erfolg haben können. Wie bereits gezeigt wurde, hat die landwirtschaftliche Intensivierung überall einen starken negativen Effekt auf Vogelpopulationen. Das ist keine Überraschung.

Zusammengefasst zeigt die Studie, dass die EU-Richtlinien (in Bezug auf die GAP und die Vogelschutz-Richtlinie) effektiv sind, was die Verbesserung der Bestände von Agrarvögeln in der EU angeht. Sie reichen aber nicht aus, um den Abwärtstrend vollständig umzukehren. Die Autoren schlagen vor, weitere SPA-Gebiete in landwirtschaftlich geprägten Regionen auszuweisen und gleichzeitig gut-strukturierte und gut integrierte Agrarumweltmaßnahmen durchzuführen, um eine Bestandsverbesserung der Agrarvögel zu erreichen. Dies würde der EU helfen, die Ziele im Biodiversitätsschutz zu erreichen.

Insgesamt gesehen werden die Rufe nach einer umfassenden Reform der GAP lauter, um die Bedürfnisse von Menschen und Natur besser miteinander in Einklang bringen zu können. Diese

neue und wichtige Forschungsarbeit liefert einen wertvollen Beitrag zu dieser Diskussion.

Gamero, A., Brotons, L., Brunner, A., Foppen, R., Fornasari, L., Gregory, R. D., Herrando, S., Hořák, D., Jiguet, F., Kmecl, P., Lehtikoinen, A., Lindström, Å., Paquet, J.-Y., Reif, J., Sirkkiä, P. M., Škorpilová, J., van Strien, A., Szép, T., Telenský, T., Teufelbauer, N., Trautmann, S., van Turnhout, C. A.M., Vermouzek, Z., Vikstrøm, T. & Voříšek, P. (2016) Tracking Progress Towards EU Biodiversity Strategy Targets: EU Policy Effects in Preserving its Common Farmland Birds. **Conservation Letters**. doi:10.1111/conl.12292

<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/conl.12292/abstract?campaign=wolacceptedarticle>

Funktioniert die GAP noch für unsere Landschaft?

von Thomas Quinn



© Shutterstock

Nun, da die im Jahr 2013 beschlossenen Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) allmählich Wirkung zeigen und nationale Regierungen damit beschäftigt sind, die Wogen wegen der verspäteten Auszahlung der Subventionen zu glätten, die einem neuen EDV-System geschuldet war, hofften viele auf eine Phase der Ruhe im Landwirtschaftssektor. Leider gab es im Jahr 2016 aber keine Ruhe, sondern eher eine Krise. Mit dem Verfall der Milchpreise, Russlands Importverbot von Schweinefleisch

und einer sehr schlechten Getreideernte in Westeuropa, hat man den Eindruck als ob unser Landwirtschaftssektor von einer Krise in die nächste schlittert.

Wenn man berücksichtigt, dass mehr als die Hälfte des EU-Haushalts in diesen Sektor gepumpt wird, könnte man eigentlich erwarten, dass die Landwirtschaft gut dasteht. Leider sind wir weit davon entfernt. Wäre die GAP ein löchriges Fass, würden uns schnell die Finger ausgehen, um all die Löcher zu stopfen, die sich immer wieder auftun. Und die Krise, die droht, dem Fass den Boden auszuschlagen – auch wenn sie in den Medien wenig Beachtung findet – ist die ökologische Krise, die als Folge einer ständigen Intensivierung der Landwirtschaft entsteht. Einer ständigen Intensivierung, die auf die GAP zurückzuführen ist. Berichte, die von BirdLife Europa und dem Europäischen Umweltbüro in Auftrag gegeben wurden, zeigen, dass die neuen „Greening“ Maßnahmen der GAP versagen. Die neu eingeführten Maßnahmen, die die Natur schützen sollen, sind voller Schlupflöcher, Ausnahmeregelungen und Widersprüchen, und damit sind sie wertlos für die biologische Vielfalt. Beispielsweise kann ein Landwirt in manchen Ländern auf Flächen, die die biologische Vielfalt fördern sollen, Pestizide ausbringen und erhält trotzdem Zahlungen für ein „Greening“ dieses Gebietes. Dies ist nur ein Beispiel für das Ergebnis einer Politik, die weder den Menschen noch unserer Erde Nutzen bringt.

Mit zunehmenden Problemen und steigenden Sorgen bei Landwirten, Naturschützern und nationalen Ministerien dürfte es nicht mehr lange dauern, bis diese GAP völlig in Misskredit geraten ist. Wir müssen uns irgendwann fragen, ob es nicht an der Zeit ist, das löchrige Fass gegen ein neues auszutauschen.

Die erste GAP wurde nach dem zweiten Weltkrieg verabschiedet, um sicherzustellen, dass der Kontinent mit genügend Nahrung versorgt wird. Dieses Ziel haben wir zum Glück erreicht, aber nun stehen wir neuen Herausforderungen gegenüber. Heute, im 21. Jahrhundert, kämpfen wir gegen eine

Biodiversitätskrise und den Klimawandel und unsere Bevölkerung leidet an Krankheiten, die durch eine falsche Ernährung verursacht werden. Wenn die nächste GAP genauso ist wie die letzte, machen wir uns nur Probleme. Bei den Lebensmitteln sollte es nicht länger um Quantität gehen – es ist unbestreitbar, dass dabei die Existenz der Landwirte aufs Spiel gesetzt und gleichzeitig ein massiver Biodiversitätsverlust befeuert wird. Wir brauchen eine GAP, die sich darauf konzentriert was wir anbauen und wie wir es anbauen. Außerdem sollten Subventionen an Landwirte nur dann gezahlt werden, wenn diese beim Anbau von Nahrungsmitteln den Klimawandel und den Biodiversitätsverlust bekämpfen.

BirdLife hat gemeinsam mit anderen europäischen Organisationen ein Umdenken gefordert, was die Ziele der GAP angeht. Wir haben die EU-Kommission aufgefordert, einen FitnessCheck der GAP durchzuführen. Nun, da der FitnessCheck der Naturschutzrichtlinien abgeschlossen ist, wäre es an der Zeit, die europäische Landwirtschaft genauer unter die Lupe zu nehmen. Dadurch würde eine neue Ära für die Landwirtschaft in Europa eingeläutet. Die Folge wäre, dass wir dann nicht mehr nur darüber sprechen, wie wir die Landwirtschaft unterstützen, sondern wie wir sicherstellen, dass die Europäer das richtige Produkt aus der Landwirtschaft erhalten – nachhaltige Lebensmittel.

Auch böte sich so die Möglichkeit zu diskutieren, welchen Typ Lebensmittel wir anbauen sollten: Den der gesünder ist, oder klimafreundlich oder der die Biodiversität fördert – oder alle drei? Die Herausforderung muss darin bestehen, eine Politik zu betreiben, die für Landwirte, Familien und Wildtiere gleichermaßen funktioniert. In einer Zeit knapper Kassen wird es immer schwieriger, die Verschwendung von Milliarden Euro zu rechtfertigen. Statt die alte Politik weiter zu betreiben sollten wir eine neue schaffen.

Die Nutzung der Meere von heute bis 2020

Von Bruna Campos



©J.M. Arcos

Die Meere Europas wurden im Laufe der Jahre von den Menschen auf tragische Art und Weise missbraucht. Unsere Ozeane leiden insbesondere unter menschlichen Einflüssen, wie Übernutzung (z.B. von Fischen, Seevögeln und Säugetieren), Zerstörung des Meeresbodens, Verschmutzung (z.B. durch Plastik, durch Landwirtschaft bedingete Nährstoffanreicherung und Ölverschmutzung), Ausbreitung gebietsfremder Arten und Klimawandel. Von 2007 bis 2012 wurde der Erhaltungszustand von lediglich neun Prozent der untersuchten Meereslebensräume [\[1\]](#) als günstig eingestuft, bei 66 Prozent wurde der Status als schlecht oder unzureichend eingestuft und bei 25 Prozent war der Zustand unbekannt. In den letzten Jahren hat die EU intensiv daran gearbeitet, rechtliche Schritte einzuleiten, um dem entgegenzuwirken. Und in den meisten Fällen hat das auch geholfen. Dennoch gilt es weiterhin eine große Lücke zu füllen: Vor Ort müssen die EU-Gesetze besser umgesetzt und es müssen geeignete Maßnahmen durchgeführt werden.

Das Fischereimanagement ist ein gutes Beispiel dafür, wie diese Gesetze helfen können, ein nicht-funktionierendes System zu verbessern. Die Gemeinsame Fischereipolitik hat sich mit der Zeit verändert und hat akzeptiert, dass das Überleben des Fischerei-Sektors generell von der Nachhaltigkeit des marinen Ökosystems abhängt. Im Jahr 2013 wurde die Nachhaltigkeit ein Stützpfeiler der neuen gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Für einen Erfolg sind jedoch konkrete Details, wie eine bessere Umsetzung der Gesetze,

notwendig. Rückschläge insbesondere im Zusammenhang mit dem britischen Referendum zeigen, dass die Akzeptanz fehlt, dass sich bestimmte Dinge ändern müssen, um die Zukunft der Meere in Europa sicherzustellen. Die Industrie beklagt sich weiterhin über die Bürokratie und weigert sich gleichzeitig, anzuerkennen, dass ein fundiertes Management nötig ist. Quoten, Regelungen zur Ausrüstung, Schutzgebiete und effektive Kontrollen sind keine sinnlosen Belastungen, sondern sie sind für die Zukunft unserer Meere und die Zukunft unserer Fischer von großer Bedeutung.

Außerdem hielten sich die EU-Mitgliedsstaaten bei der Finanzierung von Datenerhebungen, Abschwächungsmaßnahmen und der Kontrolle und Durchsetzung von Regeln zurück. Im Jahr 2014 wurde eine neue Förderung von Fischerei und Meerespolitik verabschiedet. In der Vergangenheit war dieser Fonds sehr umstritten, da er die Überkapazität der Fischereiflotte der EU subventionierte. Nun bietet er den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Projekte zu finanzieren, die der Bereitstellung öffentlicher Güter aus den Meeren Europas dienen.

In den nächsten Jahren hat die EU die Möglichkeit, die langanhaltende Verschlechterung der Gesundheit unserer Meere ins Gegenteil zu verkehren. Dies erfordert eine solide Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU einschließlich der neuen GFP. Auch in den britischen Gewässern bleibt diese Herausforderung dieselbe - unabhängig vom Brexit.

[\[1\]](#) Beurteilt nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

An den EU-Klimazielen festhalten

Von Sini Eräjää



Kiefern © Elvis Kennedy Flickr media commons

Die Bekämpfung des Klimawandels ist das perfekte Beispiel für eine globale Herausforderung, die grenzüberschreitende Maßnahmen erfordert. Die meisten EU-Bürger sehen den Klimawandel als ernsthaftes Problem, und die Regierungen und die Wirtschaft in der Verantwortung, ihn zu bekämpfen. Wenn die Bürger nach dem [Mehrwert der EU und ihrer Zukunft](#) gefragt werden, steht der Umweltschutz (zusammen mit sozialer Gerechtigkeit) an der Spitze.

Die Klima- und Energiepolitik hat bereits ihren Weg in das Herz der Europäischen Union gefunden und nun, nach dem Brexit, sind dies auch die Politikbereiche, bei denen die Bürger die Rolle der EU als sehr bedeutsam einschätzen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zu ziemlich ehrgeizigen, allumfassenden Zielen verpflichtet (auch wenn diese noch immer nicht ausreichen, um den Klimawandel auf ein verträgliches Niveau zu reduzieren), um die Emissionen zu reduzieren und um die Energiegewinnung zu verändern.

Wenn es allerdings darum geht, diesen Verpflichtungen nachzukommen, haben die meisten Mitgliedstaaten engstirnige nationale Interessen im Blick und versuchen, Wege und Gründe zu finden, warum sie weniger tun sollten.

Im Juli [veröffentlichte die Kommission Vorschläge](#), wie Emissionen reduziert und wie Emissionen in Sektoren wie Landwirtschaft, Transport und Wohnbau (Effort Sharing Regulation

(„Lastenteilung“) und in Landnutzung und Forstwirtschaft (LULUCF) gemindert werden könnten. Während dieses Prozesses leisteten Mitgliedstaaten Lobbyarbeit für Flexibilitäten, welche in der Theorie nützlich sein können, um die Kosteneffizienz der getroffenen Maßnahmen zu sichern. In der Praxis entgleitet dieses Argument bedauerlicherweise leicht in die Schaffung von verschiedensten Schlupflöchern, welche geringere Reduzierungen der Emissionen ermöglichen.

Mitgliedstaaten tricksen bei der Berechnung der Kohlenstoff-Emission, indem sie sich hinter besonderen nationalen Umständen verstecken und vorgeben, dass die Emissionen durch andere Politikbereiche abgedeckt würden. Außerdem berufen sie sich auf fragwürdige „nachhaltige“ Aktivitäten - auch wenn diese die Emissionen nicht verringern oder andere Umweltschädigungen verursachen.

Einer der Wege die Reduzierung der Emissionen in politisch schwierigen Sektoren zu umgehen, ist der Versuch die Emissionen mit anderen Aktivitäten in anderen Sektoren zu verrechnen, wie zum Beispiel das Pflanzen von Bäumen. Die Kommission hat den Mitgliedsstaaten erlaubt, diese Form der Verrechnung bei bis zu 280 Mio t CO₂-Emissionen u.a. in den Sektoren Landwirtschaft, Transport und Wohnbau anzuwenden. Dies entspricht einem Anteil von 10 Prozent der gesamten Emissionsreduzierung in diesen Sektoren. Aber es ist kein Nachweis nötig, dass diese Aktivitäten einer zusätzlichen Abschwächung des Klimawandels dienen oder dass diese umweltfreundlich sind.

Mit dem Start des LULUCF Politikvorhabens wies die Kommission darauf hin, dass die Produzenten von erneuerbarer Energie sich in Zukunft nicht um Bioenergie-Emissionen sorgen müssen, da diese zu den Landnutzungs- und Forst-Sektoren gezählt werden. Anstatt die Probleme direkt anzugehen, wird die Verantwortung für die Bioenergie-Emissionen an den einen Sektor abgeschoben und Guthaben und Fördergelder für die „Emissions-Reduzierung“ an andere Sektoren weitergegeben – [ein Ansatz, der nicht gewährleistet, dass die Nutzung von Bioenergie Emissionen tatsächlich reduziert.](#)

Der letzte Ausweg, die Pflicht der Emissionsreduzierung zu umgehen, scheint zu sein, die Aktivitäten als nachhaltig zu bezeichnen die auf dem Prüfstand stehen – ganz gleich der tatsächlichen Klima- und Umweltkonsequenzen. Beispielsweise als die Kommission ein neues Vorgehen bezüglich der Nachhaltigkeit von Bioenergie vorbereitete, beeilten sich viele zu erklären, dass solange die Biomasse von „nachhaltig“ bewirtschafteten Wäldern oder anderen Ökosystemen kommt, diese auch gut für das Klima sei. Gleichmaßen sind die Länder bemüht zu erklären, dass die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) eine nachhaltige Landwirtschaft garantiert, während sie ignorieren, dass ein Anstieg der Emissionen durch „nachhaltige“ Landwirtschaft zu erwarten ist. Neue Strategien und Maßnahmen, die über die derzeitigen vagen Parolen zur Nachhaltigkeit hinausgehen, sind nötig, um die Emissionsreduzierung zu gewährleisten – sowohl für die Bioenergie als auch für die Landwirtschaft.

Während viele Politiker in den nationalen Medien prahlen, wie sie die Interessen ihrer Länder verteidigen und zusätzliche Klima-Leistungen in den europäischen Verhandlungen umgehen, geben sie vor dem Rest der Welt weiterhin vor, stolz zu sein auf die gemeinsamen europäischen Bemühungen und versprechen, sich für diese einzusetzen. In diesen Momenten kann die Europäische Union ihre Stärke zeigen. Durch gemeinsame Bemühungen, wenn alle im gleichen Boot sitzen, ist die Chance viel größer, grenzübergreifende Herausforderungen wie den Klimawandel zu meistern.

Bei 95-100 Prozent Emissionseinsparungen, die in der EU bis 2050 notwendig sind, ist kein Raum für Diskussionen, welches Land oder welcher Sektor radikale Emissionsreduzierungen vermeiden kann – Bemühungen sind in ganz Europa notwendig, also sollten wir einfach weitermachen.

Kontakt

Sabine Wiedenhöft, Assistentin des Fachbereichs Naturschutz und Umweltpolitik
Tel. 030-284984-1600; E-Mail: Sabine.Wiedenhoeft@NABU.de

Impressum: NABU-Bundesverband, Charitéstraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de.

Übersetzung: Eva Schubert,

Fotos: RSPB, Hans Peeters, John Carey, Shutterstock, J. M. Arcos, Elvis Kennedy